

450 Passagierinnen und Passagiere aus einem brennenden Zug evakuiert

Rettungsübung im Lötschberg-Basistunnel Dichter Rauch, verletzte Reisende und ein Wettkampf gegen die Zeit: Mitten im Lötschberg-Basistunnel haben Rettungskräfte den Ernstfall geübt.

Stefan Kammermann

Ein doppelstöckiger Intercity-Zug kommt mitten im Lötschberg-Basistunnel zum Stillstand. Im Bordbistro bricht Feuer aus, dichter Rauch zieht durch die Wagen. Für die Rettungskräfte beginnt ein Wettkampf gegen die Zeit: Reisende müssen aus dem Zug geführt und Verletzte versorgt werden. Schliesslich sollen alle vom gefährlichen Unfall sicher ins Freie gebracht werden.

An diesem Samstag wird der 34,6 Kilometer lange Lötschberg-Basistunnel zur Bühne eines Szenarios, das niemand erleben möchte. Das Bahnunternehmen BLS probt gemeinsam mit den SBB und den Polizeikorps der Kantone Bern und Wallis sowie zahlreichen Partnerorganisationen den Ernstfall.

Wenig Platz fordert heraus

Rund 450 Freiwillige schlüpfen in die Rolle der Passagiere. Sie werden im Tunnel aus dem Zug geführt und anschliessend in Frutigen betreut. «Die Herausforderung sind die engen Platzverhältnisse und das Zusammenspiel der Rettungsorganisationen», sagt Benjamin Känzig, Gesamtprojektleiter der BLS.

Die Übung ist ein logistisches Meisterstück. Insgesamt sind rund 1100 Menschen im Einsatz. BLS und SBB koordinieren den Bahnbetrieb und sind je mit einem Lösch- und Rettungszug im Tunnel im Einsatz, während die Kantonspolizei Bern und Wallis die Abläufe sichern und leiten.

Die Feuerwehr und Rettungsdienste bekämpfen das Feuer und leisten medizinische Hilfe. Careteams und Zivilschutz kümmern sich um die psychologische und organisatorische Betreuung, und Postautos bringen die evakuierten Reisenden nach Frutigen. Sie fahren durch die im Rohbau belassene Parallelröhre und holen so die Evakuierten aus dem Tunnel.

Weiter sorgt der Samariterverein Grossaffoltern für sogenannte Moulagen. Dies sind dreidimensionale, farbige und lebensgroße Abformungen von Körperteilen zur naturnahen Wiedergabe von menschlichen Verletzungsbildern – etwa eine offene Bauchdecke, eine abgetrennte Hand oder eine grosse Schnittwunde. Insgesamt haben die Samariter Wunden für 85 Verletzte vorbereitet.

Zwei Jahre Vorbereitung

«Fast zwei Jahre dauerten die Vorbereitungen», erklärt Gesamtprojektleiter Benjamin Känzig. Während rund 450 Rettungskräfte der verschiedenen Organisationen involviert sind, sei es nicht schwierig gewesen,

die ebenfalls 450 freiwilligen Probanden zu finden. «Dank einer Onlineausschreibung konnten wir sie innerhalb Kürze rekrutieren.»

Bei den Freiwilligen, die im Einsatz sind, kommt es ausserhalb des Szenarios zu zwei leicht verletzten Personen, die zur Kontrolle in ein Spital gebracht werden.

Auch wenn es sich «nur» um eine Übung handelt, ist die Atmosphäre angespannt. Für die Freiwilligen bedeutet es ein Abenteuer, für die Einsatzkräfte eine harte Probe. Denn die Zielvorgabe ist klar: Alle Reisenden sollen in zweieinhalb Stunden in Sicherheit sein. Da zählt jede Minute, jeder Handgriff muss sitzen.

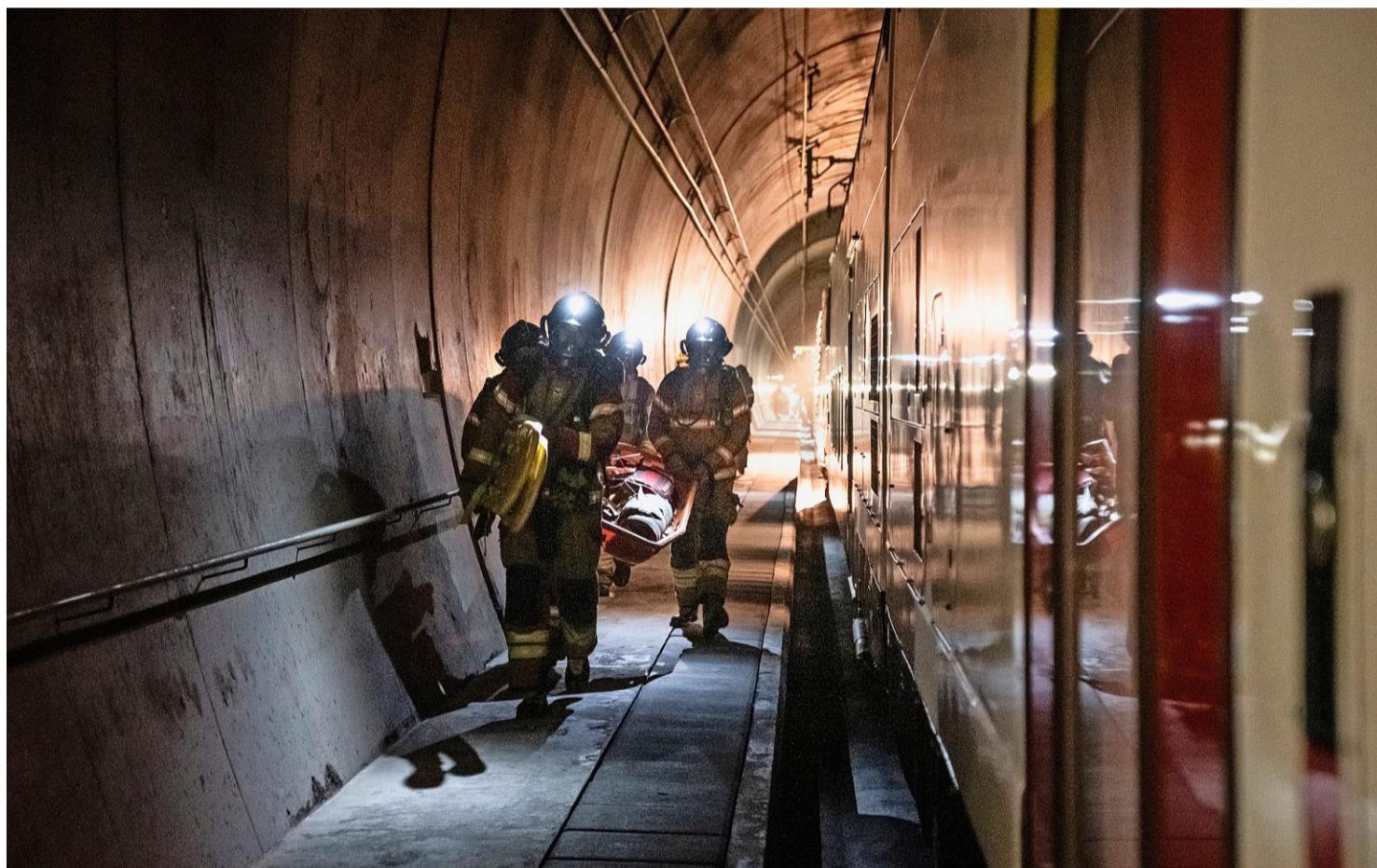
Die Rettungsübung im Lötschberg-Basistunnel ist ein logistisches Grossereignis. Es hat auch Auswirkungen auf den Zugverkehr. Von 11 bis 17 Uhr bleibt der Basistunnel gesperrt. Alle Züge werden über die Lötschberg-Bergstrecke umgeleitet.

Neben den Beteiligten wirken weitere rund 200 Personen, zum Beispiel als Beobachter, im Hintergrund. Die Übung ist auch ein Beweis dafür, dass die Sicherheit im Bahnverkehr nicht dem Zufall überlassen wird. Rund 150'000 Franken lässt sich die BLS dies kosten, nicht zuletzt damit Reisende mit einem guten Gefühl durch den Lötschberg fahren können.

Solche Rettungsübungen sind aber auch Pflicht. Die Leistungs-

vereinbarungen mit den Kantonen Bern und Wallis schreiben regelmässige Tests vor. Sie sind Grundlage für die Betriebsbewilligung des Tunnels durch das Bundesamt für Verkehr. Die letzte Übung dieser Grösseordnung liegt über ein Jahrzehnt zurück. Sie fand im Mai 2013 statt.

«Wir sind mit dem Ergebnis zufrieden. Grundsätzliche Probleme gab es keine», bilanziert Benjamin Känzig. Die Zusammenarbeit habe gut funktioniert, und die Evakuierungszeiten seien eingehalten worden. Die Ergebnisse der Übung im Lötschberg-Basistunnel werden in den kommenden Wochen detailliert ausgewertet und fließen in die Optimierung der Rettungskonzepte ein.



Arbeit in gespenstischer Atmosphäre im Lötschberg-Basistunnel: Feuerwehrleute retten eine verletzte Person. Foto: PD/BLS

In Zollikofen gibt es Streit um die Höhe der Steuern

Hitziger Abstimmungskampf Für die Bürgerlichen ist die Zeit reif für eine Steuersenkung. SP, GFL und GLP dagegen ist das Risiko zu gross.

Am 30. November könnte es in Zollikofen knapp werden. Die Frage bei der Abstimmung über das Budget lautet: Steuersenkung ja oder nein? SP, GFL und GLP wollen keine Senkung, SVP, FDP, Mitte, EVP und die Piratenpartei sind der Ansicht, die finanzielle Lage der Gemeinde erlaube die Reduktion von 1,40 auf 1,35 Einheiten.

Das ist auch die Haltung des Gemeinderats. «Auch mit der tiefen Steueranlage ist das Budget 2026 ausgeglichen», sagt Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP). «Es braucht keine Sparmassnahmen, wir bauen das Angebot sogar etwas aus.» Da die Gemeinde «null Franken externe Schulden» aufweise, befindet sich Zollikofen in einer sehr guten Position. «Es kann aber auch sein, dass die Steuern in einigen Jahren wieder erhöht werden müssen», ergänzt Bichsel, der 2026 für den Regierungsrat kandidiert.

Eine Variantenabstimmung

Bei einer Steueranlage von 1,35 resultiert ein ausgeglichenes Budget, bei 1,40 würde sich ein Plus von rund einer Million Franken ergeben. Bei der Debatte im Grossen Gemeinderat am 22. Oktober hielten sich die Meinungen fast die Waage. In einer von der GFL beantragten geheimen Abstimmung votierte das Gemeindeparktament mit 20 zu 19 Stimmen für die Beibehaltung von 1,40. Nach einem SVP-Antrag beschloss das Parlament mit 21 zu 18 Stimmen, am 30. November eine Variantenabstimmung vorzulegen. Es sei wichtig, mit einem gültigen Budget in das neue Jahr starten zu können, sagt Gemeindepräsident Bichsel dazu. Die Auseinandersetzung vor dem

Urnengang ist hitzig. Auf der bürgerlichen Seite sind einige wegen der geheimen Abstimmung verärgert. So habe der Parlamentspräsident, ein GLP-Mitglied, mitstimmen und das Zünglein an der Waage spielen können, wird im Mitteilungsblatt der Gemeinde kritisiert.

SP, GFL und GLP warnen in einem Flugblatt, eine Senkung sei mit Risiken verbunden: Die Folgen seien weniger finanzielle Reserven, wachsende Schulden und mehr Spardruck. Da hohe Investitionen anstünden, solle die Gemeinde nicht die Einnahmen reduzieren, sagt SP-Fraktionschef Markus Wüest. «Eine Steuersenkung ist kurzsichtig und führt nur zu höheren Schuldzinsen.» Zudem mache die Senkung unter dem Strich für die Steuerzahllenden nur 100 bis 200 Franken jährlich aus.

Der Bilanzüberschuss der Gemeinde sei zu einem grossen Teil aufgrund von Sondereffekten entstanden, sagt Wüest weiter. «Zieht man diese ab, so liegen die Rechnungen eher leicht im Minus.» Die Effekte beruhen gemäss SP auch auf dem Verkauf des Tafelsilbers.

SP: «Stabil unterwegs»

Im bürgerlichen Lager ist die Gemütslage völlig anders. Für die SVP ist das Budget mit der reduzierten Steueranlage «komfortabel». Auch wegen der regen Bautätigkeit würden die Steuereinnahmen weiter steigen. «Zollikofen ist sehr stabil unterwegs», sagt SVP-Präsident Marco Bucheli. «Die Reserven belaufen sich auf 30 Millionen Franken.»

Noch vor einem Jahr sprach sich die SVP gegen eine Steuersenkung aus. Woher röhrt der

«Eine Steuersenkung ist kurzsichtig.»

Markus Wüest
SP-Fraktionschef

meinden hohe Beträge in die Schulanlagen investieren müssen. Deshalb wäre eine Senkung «leichtsinnig», findet die GFL und beziffert die mutmasslichen Kosten für den Ausbau auf 60 Millionen Franken – eine Zahl, die von bürgerlicher Seite als nicht erhärtet bezeichnet wird.

In einem ersten Schritt geht es am 30. November um einen Kindergartenneubau und Räume für die Tagesschule im Steinibach. Wegen der starken Erhöhung der Gesamtkosten auf 7,25 Millionen Franken gab es Kritik. «In Zukunft werden wir stärker auf das Geld schauen müssen», sagt SVP-Präsident Marco Bucheli. Die SP kontert: «Auch wenn die Kosten im Laufe der Planung gestiegen sind, so ist es noch lange kein Luxusbau», sagt Markus Wüest.

Simon Wälti

Nachrichten

IT-Firma für berufliche Integration gewürdigt

Berner Sozialstern 2025 Die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) haben im Berner Rathaus den Berner Sozialstern 2025 verliehen. Der Preis würdigt Unternehmen, die sich besonders für die berufliche Integration von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen einsetzen. Das IT-Unternehmen Plus und Plus AG aus Bern erhielt die Auszeichnung für ihr Engagement in diesem Bereich, wie die UPD in ihrer Mitteilung schrieb. Das Preisgeld von 10'000 Franken soll zur weiteren Förderung der Integration verwendet werden. Neben dem Hauptpreisträger wurden der Kulturstadt Heitere Fahne in Wabern und der Verein Kulturhof Schloss Köniz mit dem Best Practice Award 2025 ausgezeichnet. (PD)

Neubrücke bleibt für Motorfahrzeuge zu

Stadt Bern Die Neubrücke zwischen dem Neufeldquartier und Kirchlindach sowie Bremgarten bleibt bis voraussichtlich 2027 für Motorfahrzeuge gesperrt. Die ursprünglich vorgesehene Zwischenlösung einer Trogbrücke ist zu teuer und zu aufwendig, kam der Kanton zum Schluss. Die Sicherheit ist mit den bereits getroffenen Massnahmen gewährleistet, wie die kantonale Bau- und Verkehrsdirektion am Freitag mitteilte. Deshalb konzentrierte sich der Kanton nun auf die Vorbereitung der Gesamtsanierung ab 2027. Fussgänger und Velofahrerinnen können die Brücke weiterhin überqueren. (SDA)

Regisseur erhält Preis für Zweisprachigkeit

Mit 15'000 Franken dotiert Die Hauptstadtregion Schweiz vergibt ihren «Preis für Zweisprachigkeit» an den Berner Filmregisseur Djibil Vuille. Sein Spielfilmdebüt «Schoggi» behandelt aus Sicht des Vereins wichtige zeitgenössische Themen und zeigt gelebte Mehrsprachigkeit. Die Jury ehrt mit dem mit 15'000 Franken dotierten Preis «das überzeugende Projekt eines Filmemachers, der individuelle Konflikte mit universellen Fragen verknüpft», wie die Hauptstadtregion Schweiz am Freitag mitteilte. (SDA)